

18.01.2016

Michael Billen: Kernaussagen

Es gibt immer mehr CDU-Wählerinnen und –Wähler, die sich ganz ernsthaft mit der Flüchtlingspolitik der CDU auseinandersetzen. Dies wird in den kommenden 57 Tagen bis zur Landtagswahl das entscheidende Thema für viele Wählerinnen und Wähler im Wahlverhalten sein.

Öffentlich gefühlt, haben die Menschen den Eindruck, dass die Bundesregierung und hier auch die CDU in den letzten 9 Monaten die Politik der inneren Sicherheit unverantwortlich vernachlässigt habe.

Ich bin mir sicher, dass unsere Wählerinnen und Wähler den wirklichen Kriegsflüchtlings und Terrorflüchtlings, die an Leib und Leben bedroht sind, helfen wollen. Aber wir brauchen dafür Ordnung in Europa und Ordnung im eigenen Land. Wir müssen wissen, wer in Deutschland einreist. Und wir müssen denjenigen, die Asyl begehren keine Reisefreiheit geben, sondern eine Zuweisung, wo sie die Zeit, wo in ihrem Land Krieg ist, wohnen und nach erfolgreicher Integration auch arbeiten.

Dies gelingt nur, wenn wir die Verteilung der Asylbewerber so vornehmen, dass sie sich auch in den Städten und Dörfern, wo sie wohnen, integrieren müssen und keine Ghettobildung entsteht. Und noch eins gilt: wer sich nicht an unser Rechtssystem hält, muss unser Land wieder verlassen, der hat sein Gastrecht wieder verwirkt. Wir sind auch nicht in der Lage, Wirtschaftsflüchtlinge aufzunehmen, da wir nur denen helfen können, die in wirklicher Gefahr sind.

Ich glaube, dass die Bundesregierung und auch die Bundeskanzlerin mittlerweile hart daran arbeiten, Ordnung und Klarheit in der Bundesrepublik durchzusetzen. Dies heißt für mich auch, die innere Sicherheit steht ganz oben. Dies heißt aber auch, dass die Länder und der Bund aufhören müssen – und hier meine ich die rot-grünen Länder besonders –, bei der Polizei und der inneren Sicherheit zu sparen. Es muss auch aufhören, dass Polizisten als die Schuldigen dargestellt werden. Schuldig sind die Rahmengerber und die Verbrecher. Unsere Polizisten halten dafür – im Moment leider gerade in Rheinland-Pfalz viel zu wenige – den Kopf hin.

Sie müssen wissen, dass es in Rheinland-Pfalz durch rot und rot-grün nur noch 224 Polizeibeamte pro 100.000 Einwohner gibt. Wechselschichtbeamte gibt es noch viel

weniger. Zum Vergleich Bayern (Flächenstaat) 326 Polizeibeamte pro 100.000 Einwohner. Diese Vernachlässigung von rot-grün bei der Ausbildung und Einstellung von Polizei ist jetzt ein ganz großes Problem, zumal, wenn wir jetzt vermehrt einstellen, die Polizeiausbildung dann noch 4 Jahre dauert.

In der Flüchtlingspolitik müssen wir unter dem Gesichtspunkt der christlichen Werte und der christlichen Kultur und unserer Demokratie klar Kante zeigen (kurz gefasst):

- 1. Wer eine Straftat verübt, und dafür verurteilt wird, verliert seinen Anspruch auf Asyl und hat sein Gastrecht verwirkt. D. h.: er muss Deutschland verlassen.**
- 2. Wer berechtigt Asyl beantragt, hat keine Reisefreiheit (Wohnortswahl) in Deutschland und wird nach dem Königsberger Schlüssel auf die Kommunen und Städte verteilt. Zwei Asylbewerber pro 100 Deutsche ist jeder Kommune zumutbar und fördert die Integration.**
- 3. Jeder Asylberechtigte muss die deutsche Sprache erlernen und Integrationskurse besuchen.**
- 4. Die Polizeistärke muss auf bayerisches Niveau angehoben werden (vor allen Dingen Wechselschichtdienst)**

**Bitte denken Sie daran in den Gespräche mit Wählerinnen und Wählern:
Sagen Sie, die CDU hat ihre Lektion verstanden.**

Sagen Sie, wer nicht wählen geht, macht Splitterparteien und rechtsradikale Parteien stark.

Sagen Sie, wer wählen geht, soll die Christlich Demokratische Union wählen, damit der Wechsel in Rheinland-Pfalz, der mehr als dringend notwendig ist nach 25 Jahren, stattfinden kann.

Jetzt gilt's. Kämpfen wir um jede Stimme!